

UBK
2013

Kassel, den 25.02.2013



Jusos
Kassel-Stadt

[BESCHLÜSSE '13]

der ordentlichen Juso-Unterbezirkskonferenz des Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt vom 23.02.2013 im Wilhelm-Pfannkuch-Haus Kassel.

Inhalt

A1	Für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe	S. 02
A2	„Kommunalpolitik muss offen, dialog- und lernfähig sein“	S. 07
A3	Genderpolitik in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft (Resolution)	S. 11
A4	Abschaffung des konfessions- und bekenntnisorientierten Religionsunterrichtes an hessischen Schulen	S. 14
A5	Stoppt das Schlechtreden der Energiewende – SPD für Bürgerenergie!	S. 16
A6	Verbesserungen des öffentlichen Nahverkehrs: Taktung Samstagnachmittag	S. 22
A7	Kassel fit machen fürs Fahrrad 1: Fahrradwege schaffen	S. 23
A8	Kassel fit machen fürs Fahrrad 2: Fahrradstraßen schaffen	S. 24
A9	Fernbusbahnhof	S. 25

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2013 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 23. Februar 2013

Antrag **1**

Antragsteller: Eveline Volz, Oliver Schmolinski & Johannes Gerken

Für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe!

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag
SPD-Fraktionsmitglieder im Deutschen Bundestag
S&D-Fraktionsmitglieder im Europäischen Parlament

1 **Ausgangslage: Von Entwicklungshilfe zu Entwicklungszusammenarbeit**

2 Der Entwicklungsbegriff befand bzw. befindet sich im Wandel, da es sich hierbei nicht um
3 einen allgemeingültigen Begriff handelt. Vielmehr ist der Begriff Entwicklung abhängig von
4 individuellen und kollektiven Wertvorstellungen. In den 1950er und 1960er Jahren basierten
5 entwicklungspolitische Maßnahmen auf modernisierungstheoretischen Annahmen. Alle unter
6 der Modernisierungstheorie subsumierten Theorien gehen von einer nachholenden Entwick-
7 lung der Entwicklungsländer aus. Für die Vertreterinnen und Vertreter der Modernisierungs-
8 theorien liegen die Ursachen für Unterentwicklung in den endogenen Faktoren, d.h. in den
9 soziokulturellen Faktoren. Demzufolge kann Unterentwicklung durch die Übernahme westli-
10 cher Wertemuster und die Weltmarktintegration überwunden werden. Das Konzept *Entwick-*
11 *lung durch Wachstum* war geprägt von der modernisierungstheoretischen Prämisse, dass
12 das erzielte Wachstum auch die ärmsten Bevölkerungsteile eines Landes erreichen bzw. zu
13 ihnen durchsickern würde (Trickle-Down-Effekt). Im Laufe der 1960er Jahre zeichnete sich
14 ab, dass sich der erstrebte Trickle-Down-Effekt nicht herausstellen würde.

15 In den 1960er Jahren und 1970er Jahren erhielten die Dependenztheorien Einzug in die
16 entwicklungspolitischen Debatten. Die Vertreterinnen und Vertreter der Dependenztheorien
17 sahen den Grund für Unterentwicklung erstrangig in den externen Faktoren. Der Grund für
18 die Unterentwicklung, lag für sie somit nicht in den gesellschaftlichen Strukturen der Entwick-
19 lungsländer, sondern vielmehr in der Integration der Entwicklungsländer (Peripherie) in den
20 von den Industrieländern (Zentrum) dominierten Weltmarkt. Jedoch vermochten die Depen-
21 denztheorien nicht, einen fundamentalen Wandel des Entwicklungsdiskurses herbeizuführen.
22 Auch wirtschaftliche Erfolge der ostasiatischen Länder, die den Weg einer nachholenden
23 Entwicklung durch eine weltmarktintegrative Entwicklungsstrategie realisierten, riefen das
24 Scheitern der Dependenztheorien hervor.

25 Mit Beginn der Schuldenkrise Anfang der 1980er Jahre wurden die Strukturanpassungspro-
26 gramme (SAPs) zum Leitbild der Weltbank-Politik gegenüber ihren Kreditnehmerländern aus
27 Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF)

28 vollzogen mit den Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) einen neoliberalen Kurswechsel.
29 Die internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank und IWF) verbanden mit den SAPs das
30 Ziel die Zahlungsfähigkeit und die Kreditwürdigkeit der Entwicklungsländer wiederherzustel-
31 len. Die Maßnahmen im Rahmen der SAPs waren vor allem die Entstaatlichung der Wirt-
32 schaft, Handelsliberalisierung, Währungsabwertung sowie die Stabilisierung der Staatsfinan-
33 zen durch Entlassungen im öffentlichen Dienst, Streichungen von Subventionen bei Grund-
34 nahrungsmitteln und Einschnitte bei den Ausgaben für Bildung und Gesundheit.

35 Die in den Folgejahren zunehmende Ressourcenknappheit, der augenscheinliche Klima-
36 wandel, die Zunahme der Naturkatastrophen aber auch die Ausbreitung der globalen Armut,
37 ließen eine verbesserte Kooperation der Industrie- und Entwicklungsländern als Notwendig-
38 keit erscheinen. Im Laufe der Zeit hat eine Hinwendung zu einem ganzheitlicheren Entwick-
39 lungsbegriff stattgefunden. Seit Ende der 1980er Jahren ist das Konzept der nachhaltigen
40 Entwicklung das Entwicklungsparadigma der UN. Bei der nachhaltigen Entwicklung handelt
41 es sich um ein mehrdimensionales Entwicklungskonzept. Dementsprechend werden nicht
42 nur ökonomische Belange, sondern auch ökologische (verantwortungsvolles Ressourcen-
43 management) und soziale Belange (Armutsbekämpfung) als bedeutend für die Förderung
44 von Entwicklungsprozessen gesehen. Darüber hinaus entwickelte des Entwicklungspro-
45 gramm der UN (United Nations Development Program, UNDP) in den 1990er Jahren den
46 Human Development Index (HDI). Anhand von den Indikatoren Lebenserwartung, Alphabe-
47 tisierungs- und Einschulungsrate und der realen Kaufkraft, wird Entwicklung definiert. Mit
48 dem Nachhaltigkeitskonzept als auch dem Konzept der menschlichen Entwicklung findet
49 prinzipiell eine Abwendung von der einseitigen Orientierung auf die Wirtschaftsleistungen
50 statt. Mit den Konzepten der nachhaltigen Entwicklung und der menschlichen Entwicklung
51 ist ebenfalls die Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt entwicklungspolitischer Debatten
52 gerückt. Insbesondere die Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium
53 Development Goals, MDGs) im Jahr 2000 zeigen die Fokussierung auf die Lösung globaler
54 Problemlagen, insbesondere der Reduzierung der Armut weltweit, welche die Kooperation
55 zwischen Industrie- und Entwicklungsländern notwendig macht.

56 Die Hinwendung zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, d.h. zu einem Partner-
57 schaftsdiskurs, zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens, wird
58 vor allem durch die Verabschiedung der Paris-Deklaration deutlich. Im Jahr 2005 verab-
59 schiedeten die Entwicklungsministerinnen und -minister der Länder des globalen Nordens
60 und des globalen Südens sowie die Vertreterinnen und Vertreter der internationalen Entwick-
61 lungsorganisationen in Paris die Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszu-
62 sammenarbeit (EZ). Eine zentrale Forderung der Paris-Deklaration ist, dass sich die soge-
63 nannten Industrie- und Entwicklungsländer auf gemeinsame Prinzipien und Regeln der inter-
64 nationalen Entwicklungskooperation einigen, die der Effektivität der internationalen Entwick-
65 lungszusammenarbeit zuträglich sein sollen. Im Jahr 2008 fand erneut eine Konferenz zur
66 Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra statt, auf der die Bedeutung der
67 Menschenrechte, der Geschlechtergerechtigkeit und des Umweltschutzes für eine erfolgrei-
68 che EZ hingewiesen wurde. Im Jahr 2011 wurde auf einer weiteren Konferenz zur Wirksam-
69 keit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan (Südkorea) die Notwendigkeit, eine *globale*
70 *Partnerschaft für Entwicklung* zu schaffen, betont.

71 Deutlich wird hieran, dass im Bereich der Entwicklungspolitik offiziell die partnerschaftliche
72 Zusammenarbeit zwischen den Ländern des globalen Nordens und Südens eine prominente
73 Rolle einnimmt. Mittlerweile ist auch der Begriff der Entwicklungshilfe im amtlichen Sprach-
74 gebraucht durch den Begriff der Entwicklungszusammenarbeit ersetzt worden. Unter Ent-

75 wicklungshilfe wurden alle entwicklungsbezogene Leistungen im Sinne von finanzieller Hilfe
76 (z.B. Kredite) oder technischer Hilfe (Entsendung von Experten und Beratern) und Warenhil-
77 fe aus den Industrieländern für die Entwicklungsländer von Seiten staatlicher Akteure und
78 nicht-staatlicher Akteure (z.B. Wirtschaft, Kirchen) verstanden. Heute wird von Seiten ent-
79 wicklungspolitischer Akteure, wie dem BMZ, darauf hingewiesen, dass die Länder, mit denen
80 man sich in entwicklungspolitischer Zusammenarbeit befindet, nicht als Empfänger von
81 Hilfsleistungen, sondern vielmehr als gleichberechtigte Partner betrachtet werden, mit denen
82 man gemeinsam die Ziele der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit festlegt. Mit dem
83 Begriff der Entwicklungszusammenarbeit soll somit die partnerschaftliche Zusammenarbeit
84 betont werden.

85 **Die deutsche Entwicklungspolitik in der Kritik**

86 Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit wird durch eine große Anzahl von Ak-
87 teuren beeinflusst. Zu diesen Akteuren zählen vor allem die internationalen Organisationen
88 (Weltbank, IWF, die UN-Organisationen) aber auch die Entwicklungsorganisationen (z.B.
89 Ministerien, Durchführungsorganisationen) und Forschungseinrichtungen. Diese Vielzahl an
90 Akteuren bestimmt, was als Entwicklung anzusehen ist und wie sie zu erreichen ist und sie
91 gilt es entsprechend bei unserem entwicklungspolitischen Vorgehen zu berücksichtigen.

92 Das Signal und der Anspruch des Begriffswandels, von Entwicklungshilfe zu Entwicklun-
93 gszusammenarbeit, ist, dass die Gleichwertigkeit der Geber- und Nehmerländer gegeben sein
94 muss. Die Zeiten der Almosen von Nord nach Süd sind damit vorbei. Dieser Paradigmen-
95 wechsel ist richtig und muss noch stärker in die Entwicklungszusammenarbeit und deren
96 Wahrnehmung einbezogen werden.

97 Der Strategiewechsel in der deutschen Entwicklungspolitik unter dem Entwicklungsminister
98 Dirk Niebel (FDP), der dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-
99 wicklung (BMZ) als Fachminister vorsteht, wird von uns Jusos hingegen stark kritisiert. Ein
100 Hauptkritikpunkt an Niebels Entwicklungspolitik bezieht sich dabei auf die starke Zusam-
101 menarbeit mit der Privatwirtschaft. Hilfsorganisationen (Terre des Hommes, Welthungerhilfe
102 etc.) fürchten zu Recht, dass es primär um Wirtschaftsinteressen im Rahmen der deutschen
103 Entwicklungszusammenarbeit geht. Diese Besorgnis wird durch die Tatsache verschärft,
104 dass nicht nur die seit den 1990er Jahren existierenden Privat-Public-Partnerships (PPP)
105 verstärkt weitergeführt werden, sondern u.a. auch eine Servicestelle für die Zusammenarbeit
106 mit der Wirtschaft eingerichtet wurde. Die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen nur dort
107 Investitionen tätigen, wo eine ausgebaute Infrastruktur und Rechtssicherheit besteht, liegt
108 auf der Hand. Dies bedeutet aber schlichtweg, dass insbesondere fragile Staaten in Afrika
109 selbst von solch einer Kooperation ausgeschlossen bleiben. Diese Entwicklung sehen wir
110 kritisch. Die Unternehmen wollen in erster Linie Geld verdienen und Ressourcen sowie die
111 Arbeitskräfte vor Ort ausbeuten. Dementsprechend ist ihr Eigeninteresse kapitalistisch be-
112 gründet und besteht nicht in der Förderung bzw. Verwirklichung einer gerechteren Gesell-
113 schaft. Perfide ist zudem die Begründung für vermehrte PPP-Förderung. So seien sie ange-
114 blich kostengünstiger und stärken den Wirtschaftsstandort Deutschland global. So brüstet sich
115 der liberale Minister, dass auf jeden „investierten“ Euro 1,40€ nach Deutschland zurückflie-
116 ßen würde. Hier verkommt Entwicklungszusammenarbeit in bloßer Außenhandelsförderung.
117 Ob die PPP-Förderung den Menschen vor Ort entsprechend wirklich hilft, bleibt dabei mehr
118 als fraglich.

119 Deutlich wird zudem, dass die deutsche Entwicklungspolitik unter Führung des FDP-
120 Politikers Niebel sich vorwiegend auf einen Aspekt von nachhaltiger Entwicklung, nämlich
121 der Wirtschaft, beschränkt und die anderen Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung (So-
122 ziales, Ökologie) stark vernachlässigt. Folglich werden die Bereiche Soziales und Ökologie
123 (Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung etc.) dem Wirtschaftsaspekt untergeordnet.
124 Dementsprechend versagt Niebels Entwicklungspolitik vollkommen, wenn es darum geht,
125 wirtschaftliche Entwicklung in Einklang mit Ressourcengerechtigkeit und sozialer Gerechtig-
126 keit zu bringen. Vor allem unterschätzt diese Art der Entwicklungspolitik, welche entschei-
127 dende Rolle die Erzielung von sozialer Gerechtigkeit in Bezug auf die Aufrechterhaltung des
128 Friedens hat.

129 Die Stärkung des Friedens durch Entwicklungszusammenarbeit wird zudem durch die stär-
130kere Vernetzung von Militär und Entwicklungszusammenarbeit konterkariert. So fördert das
131 Haus Niebel in einer seiner Förderlinien in Afghanistan nur NGOs, die auch zu einer Koope-
132 ration mit dem Militär bereit sind. Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung der kolumbiani-
133 schen Regierung in der Region Macarena, die durch militärische Einsätze wieder das Ge-
134 waltmonopol über die Region erlangen möchte. Wir Jusos lehnen die Einmischung der deut-
135 schen Entwicklungszusammenarbeit in innerstaatliche Konflikte sowie die Unterstützung des
136 Militärs durch die Entwicklungszusammenarbeit ab. Entwicklungszusammenarbeit hat den
137 Anspruch die Welt gerechter zu machen und keine vermeindliche Entwicklung durch Waf-
138 fengewalt herzustellen.

139 Die internationale Staatengemeinschaft hat sich darauf verständigt, dass die Industrieländer
140 0,7% des BIPs für die Entwicklungszusammenarbeit jährlich zur Verfügung stellen sollen.
141 Dieses Ziel soll bis 2015 erreicht werden. Doch sind wir hiervon derzeit weit entfernt. Mo-
142 mentan wendet Deutschland gerade einmal 0,4% des BIPs für die Entwicklungszusammen-
143 arbeit auf. Wir fordern daher zudem schnellstmöglich die schrittweise Anhebung des Bud-
144 gets, um das 0,7%-Ziel 2015 tatsächlich erreichen zu können. Diese Zielsetzung wird durch
145 die kürzlich getroffenen Entscheidungen ad absurdum geführt. Statt einer graduellen Anhe-
146 bung des BMZ-Etats wurde dieser weiter gekürzt. Der Bundestag beschloss Ende letzten
147 Jahres gegen die Stimmen der SPD sowie anderer Oppositionsparteien die Kürzung des
148 BMZ-Etats. Für das Haushaltsjahr 2013 verfügt das BMZ nun über knapp 6,3 Milliarden Eu-
149 ro. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Kürzung des Etats um 87 Millionen Euro. Es
150 ist für uns schlichtweg inakzeptabel, dass die Bundesregierung nicht bereit ist einen so ge-
151 ringen Anteil unseres jährlich erwirtschafteten Vermögens zur Verfügung zu stellen, um den
152 Menschen in weniger entwickelten Ländern eine bessere Perspektive zu verschaffen. Die
153 Erreichung des 0,7%-Ziels verkommt unter der schwarz-gelben Koalition somit zur Utopie.
154 Unser Wohlstand bildet eine Pflicht zur Umverteilung, sowohl national, wie auch internatio-
155 nal.

156 Unser Ansatz für eine gute Entwicklungszusammenarbeit muss eine Weltgesellschaft sein, in
157 der Hunger, Elend und Armut zur Geschichtserzählung und nicht zur Gegenwartsbeschrei-
158 bung gehört. Den Wohlstand, den wenige Millionen Menschen auf der Welt genießen und
159 das Elend (Unterernährung & Hunger, Krieg & Verfolgung, Krankheit oder Analphabetismus)
160 in dem Milliarden Menschen leben, verpflichtet uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialis-
161 ten zu einem klaren Bekenntnis zur globalen Umverteilung und zu einer nachhaltigen Ent-
162 wicklungszusammenarbeit.

163 Unser Ziel ist eine gerechtere Welt, in der sich alle auf Augenhöhe begegnen und jeder
164 Mensch die elementarsten Dinge zum Leben vorfindet. In der Tradition eines internationalis-

165 tischen Richtungsverbandes fühlen wir uns als Jusos zur Solidarität mit den Schwachen und
166 Benachteiligten weltweit verpflichtet und kämpfen hierfür auch bei uns vor Ort!

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2013 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 23. Februar 2013

Antrag 2

Antragsteller: Johannes Gerken & Oliver Schmolinski

„Kommunalpolitik muss offen, dialog- und lernfähig sein“

Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

1 „Kommunalpolitik muss offen, dialog- und lernfähig sein“ – unter dieser Prämisse hat die
2 Kasseler Sozialdemokratie ihr Kommunalwahlprogramm für 2011 verfasst. Wir Genossinnen
3 und Genossen haben dabei in einem Programmprozess ein gutes und ambitioniertes Hand-
4 lungsprogramm für die Politik in der Stadt Kassel verfasst. Nunmehr seit etwas mehr als zwei
5 Jahren sind wir als SPD entscheidender Politikgestalter in Kassel und somit unser Programm
6 die Grundlage der politischen Arbeit in Fraktion und Magistrat. Augenscheinlich ist, dass wir
7 in den letzten zwei Jahren zum Teil Diskussionen geführt haben, die so nicht abzusehen
8 waren (Beispiel Kommunaler Schutzschirm) oder aber bereits abgeschlossene Diskussionen
9 oder gefasste Beschlüsse neu geöffnet wurden (Beispiel Freibäder). Im Schatten dieser gro-
10 ßen Diskussionen scheint unser kommunalpolitisches Programm bisweilen etwas ins Hinter-
11 treffen zu geraten. Dies wollen wir als Anstoß dafür nehmen nach zwei Jahren der Legislatur
12 einmal zu schauen, bei welchen Projekten wir bereits ein gutes Stück weiter gekommen sind
13 und welche von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den verbleibenden drei
14 Jahren der Legislatur noch einmal mit neuem Schwung angegangen werden müssen.

15 Unter der Devise „Kassel hilft“ haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die
16 Einführung eines niedrigschwelligen Angebots für alkoholranke Menschen in unserer Stadt
17 gefordert. Wir als Kasseler Sozialdemokratie begrüßen dabei die rasche Umsetzung dieses
18 Vorhabens und schauen dabei auf die gute Annahme dieses Angebots. Zugleich zeigt dieses
19 Beispiel aber auch, dass die sozialdemokratische Kommunalpolitik bisweilen noch nicht ih-
20 rem eigenen Anspruch nach Dialogfähigkeit erfüllt. Eine offenere Diskussion über Standorte,
21 hätte einige Verzögerungen des Projekts und Negativschlagzeilen verhindern können. Mehr
22 Offenheit und Dialogfähigkeit wären auch im Prozess zum kommunalen Schutzschirm aus
23 Sicht vieler Genossinnen und Genossen notwendig gewesen und zwar von Beginn an.

24 Wir als Kasseler SPD stehen für den Ausbau der Kinderbetreuung in unserer Stadt, das
25 konnten wir auch in den letzten zwei Jahren deutlich machen. Wir dürfen uns hier allerdings
26 nicht ausruhen oder städtische Verantwortlichkeiten veräußern. Wir als Kasseler SPD halten
27 es für wichtig, dass die Stadt Kassel auch in Zukunft im Bereich der Kinderbetreuung ein
28 eigenes, qualitativ hochwertiges Angebot für die jüngsten Bürgerinnen und Bürger unserer
29 Stadt bereit hält. Das übermäßige Einbinden von freien Trägern bei der Kinderbetreuung hal-
30 ten wir für ein falsches Zeichen. Vielmehr sehen wir es als Aufgabe der städtischen Daseins-
31 fürsorge an, ausreichend Betreuungsplätze zu schaffen. Wir als SPD wollen uns deshalb
32 dafür stark machen, dass weiterhin mindestens 60% der Betreuungsplätze durch die Stadt

33 Kassel selber bereit gestellt werden. Außerdem stehen wir im Bereich der Kinderbetreuung
34 durch den Gang unter den kommunalen Rettungsschirm vor der Situation, dass die Gebüh-
35 ren- und Beitragsordnung für die städtischen Kindertageseinrichtungen neu geregelt wird.
36 Wir halten es zwar politisch für ein falsches Zeichen, dass die Sanierung der städtischen
37 Finanzen zu Lasten junger Familien geschieht und halten als Partei langfristig an unserem
38 Ziel, die Kinderbetreuungsplätze kostenlos zu gestalten, fest. Für die anstehende Neufas-
39 sung der Beitragsordnung gilt es aber noch einmal dringend darauf hinzuweisen, dass diese
40 sozial ausgewogen gestaltet sein muss und hier gegenüber der grünen Dezernentin deutlich
41 werden muss, dass starke Schultern auch bei den Gebühren für Betreuungsplätze stärker
42 belastet werden müssen, als schwache!

43 Wir haben uns in unserem Programm für die Stärkung der Daseinsvorsorge ausgesprochen
44 und in diesem Zusammenhang zudem die Veräußerung von städtischen Unternehmen abge-
45 lehnt. Wir sehen es daher als äußerst kritisch an, dass die Gesundheit Nordhessen be-
46 schlossen hat ihre eigenen Altenheime zu veräußern und entsprechend zu privatisieren.
47 Zwar wird hier nicht ein gesamtes städtisches Unternehmen veräußert, dennoch halten wir
48 es im Sinne unseres Programmes für konsequent die Privatisierung der entsprechenden
49 GNH-Sparte in den politischen Gremien der Stadt Kassel abzulehnen.

50 Im Bereich der kommunalen Bildungslandschaft Kassel haben wir ein sehr ambitioniertes
51 Ziel formuliert, nach dem die Stadt Kassel im Elementarbereich ein Bildungsangebot aus
52 einem Guss anbieten möchte. Hierzu wurde auch in Richtung Wiesbaden die Forderung ge-
53 stellt, dass die Stadt Kassel zukünftig für die Grundschulen größere eigene Verantwortung
54 als bisher übertragen bekommen soll. Dies ist ein Projekt, das nicht von heute auf morgen zu
55 verwirklichen ist, wir sehen die bisherigen Vorstöße der Verantwortlichen in der Fraktion aber
56 als sehr positiv und hoffen, dass wir in Kassel bald mit einer Pilotphase starten können. Auch
57 der Ausbau der Schulsozialarbeit und die Schulbausanierung mit Augenmaß gilt es positiv zu
58 vermerken und dies gerade wegen einer knappen Stadtkasse. Trotz dieser positiven Ent-
59 wicklung im Bereich der schulischen Bildung müssen wir aber auch konstatieren, dass die
60 viel gepriesene Internationale Schule, die wir in den städtischen Gremien zwar nicht mehr
61 verhindern können, ein Projekt ist, das zu lange öffentlich durch unsere Vertreterinnen und
62 Vertreter in den städtischen Gremien unterstützt wurde. Wir haben auf dem letzten Parteitag
63 bereits auf die nachteilige Ausgestaltung der Internationalen Schule hingewiesen und ent-
64 sprechend ihr Konzept kritisiert. Der ursprünglich gute Gedanke eines international ausge-
65 richteten Zusatzangebotes wurde so zu einem reinen Projekt der Kasseler Bildungselite. Wir
66 werden als lernfähige Partei hieraus den Schluss ziehen, dass wir zukünftig solche Projekte
67 erst dann als positiv oder negativ bewerten, wenn es nicht nur eine fixe Idee ist, sondern
68 bereits mit einigen Rahmendaten unterfüttert wurde.

69 Die projektbezogene Kinder- und Jugendbeteiligung hat sich in Kassel in den letzten Jahren
70 und Jahrzehnten bewährt. So können Kinder und Jugendliche an konkreten Projekten mitar-
71 beiten, die sie bestenfalls noch selber mit initiiert haben. Wir glauben allerdings, dass neben
72 dieser Form der Kinder- und Jugendbeteiligung eine weitere Säule wichtig ist, die wir auch
73 im Kommunalwahlprogramm formuliert haben. Für uns ist eine solche zweite Säule ein Kin-
74 der- und Jugendparlament, damit die Interessenlagen und die Beteiligung der Kinder und
75 Jugendlichen in Kassel besser berücksichtigt werden kann. Für uns ist ein solches Parla-
76 ment ein Beitrag zur Demokratieförderung und zur Festigung unseres politischen Systems.
77 Wir wollen als Kasseler SPD daher, dass das Kinder- und Jugendparlament in nächster Zeit
78 noch einmal auf die Tagesordnung kommt, um auch den Kindern und Jugendlichen deutlich
79 zu machen, dass sie Teil unserer Stadtgesellschaft sind!

80 Kultur ist für alle da. Dieser Grundsatz sozialdemokratischer Kulturpolitik kann nicht oft ge-
81 nug verlaublich werden. Jedoch sehen wir auch in diesem Bereich noch Defizite. So haben
82 wir im Kommunalwahlprogramm vorgesehen einen Kasseler Kultur-Pass einzuführen, der es
83 auch den weniger gut situierten Bürgerinnen und Bürgern Kassels möglich macht, die hoch-
84 wertigen kulturellen Einrichtungen unserer Stadt zu nutzen. Bisher scheint auch beim Kultur-
85 Pass noch keine Initiative in der Fraktion gestartet worden zu sein. Wir fordern daher, dass
86 auch der Kassel-Pass noch einmal auf die aktuelle Tagesordnung geholt wird.

87 Kassel ist mobil. Und dies mit den unterschiedlichsten Verkehrsmitteln. Im Bereich des Rad-
88 verkehrs konnte Kassel in den letzten Jahren kontinuierlich Defizite abbauen. Dies ist ein
89 großer Verdienst, der erst kürzlich in einer Untersuchung des Allgemeinen Deutschen Fahr-
90 radclubs bescheinigt wurde. Auch im ÖPNV sehen wir Bemühungen, die bspw. darauf abzie-
91 len die Situation mit den überfüllten Straßenbahnen im Bereich Universität und Nordstadt zu
92 mildern. Zudem freuen wir uns, dass die Diskussion um den Straßenbahnanschluss von
93 Waldau wieder aufgenommen wurde. Im Bereich des Nachtverkehrs hat es in den letzten
94 zwei Jahren hingegen keine Veränderungen gegeben. Wir fordern daher die entsprechenden
95 Mitglieder der Fraktion und des Magistrats auf, dies bei der aktuell laufenden Aufstellung des
96 neuen Verkehrsentwicklungsplans zu berücksichtigen und entsprechend auf die KVG einzu-
97 wirken. Nachtverkehr ist dabei nicht als reiner „Party- oder Veranstaltungsverkehr“ zu be-
98 trachten, sondern vielmehr auch als eine Konsequenz aus sich verändernden Arbeitsbedin-
99 gungen. Das KVG-Konzept aus Früh- und Spät-ASTen und den Wochenendnachtschwär-
100 mern kann diesen Bedingungen nicht mehr zeitgemäß genügen. Als positiv erachten wir,
101 dass nach dem diesjährigen Hessentag endlich der Umbau der Altmarktkreuzung beginnen
102 wird. Dieses Projekt beschäftigt die Stadtpolitik schon viel zu lange und die Rückschläge der
103 letzten Jahre haben immer wieder dazu geführt, dass eine barrierefreie Querung des Alt-
104 markts nicht verwirklicht werden konnte. Wir hoffen, dass hier die Ankündigungen zutreffen
105 und der Umbau zügig angegangen wird.

106 Unsere Arbeit im Bereich Wirtschaft, Finanzen und Technologie ist kontinuierlich und erfolg-
107 reich. Sowohl die Zahl der Arbeitslosen ist stetig gesunken und Ansiedlungen von Unter-
108 nehmen erfolgreich getätigt. Vor allem die Erschließung des Langen Feldes wie auch die
109 Gründung der BürgerInnenengenschaft sind hier wichtige Aktivitäten der letzten zwei
110 Jahre. Auch der Abbau der kommunalen Schulden im dreistelligen Millionenbereich im Rah-
111 men des hessischen Schutzschirmes ist ein gehaltenes Versprechen unseres Wahlpro-
112 gramms. Wir begrüßen hier vor allem, dass die beschlossenen Maßnahmen den Fokus auf
113 die Steigerung der Einnahmen legt. Jedoch sehen wir vor allem die Kommunikation inner-
114 halb der Partei sowie die Erhöhung der Beiträge für Kinderbetreuung sehr kritisch.

115 Mit der Verdoppelung der Dispositionsmittel der Ortsbeiräte wollten wir die Demokratie vor
116 Ort stärken. Dieser Ansatz ist richtig und muss sich endlich auch im Haushalt wiederfinden.
117 Die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durch die Bürgerforen begrüßen wir aus-
118 drücklich.

119 Auch für die Stärkung der Innenstadt haben wir im Wahlprogramm konkrete Punkte erarbei-
120 tet. So soll die Königsstraße aufgewertet werden, was durch den Hessentag auch gesche-
121 hen wird. Die Forderung nach einer Aufwertung des Entenangers, des Pferdemarktes sowie
122 im Quartier um den Kulturbahnhof wird bis jetzt aber nicht ausreichend diskutiert. Wir fordern
123 die Fraktion daher auf sich stärker mit den Aufwertungen der Innenstadtquartiere zu beschäf-
124 tigen.

125 Wir sind 2011 mit einem starken Programm in den Wahlkampf gegangen. Noch bis 2016
126 haben wir Zeit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zu zeigen, dass wir unsere Ver-
127 sprechen ernst nehmen. In vielen Punkten sind wir auf dem richtigen Weg. Doch einige
128 Punkte wurden bisher vernachlässigt. Wir fordern sowohl die Fraktion, wie auch die sozial-
129 demokratischen Mitglieder im Magistrat auf, sich dieser Punkte vermehrt anzunehmen. So
130 erreichen wir auch unser gemeinsames Ziel: Eine gute Zukunft für Kassel!

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2013 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 23. Februar 2013

Antrag **3**

Antragsteller: Johannes Gerken

Genderpolitik in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft (Resolution)

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord

1 Unsere Gesellschaft verändert sich stetig und individuelle Präferenzen differenzieren sich
2 weiter aus. Zudem drückt sich grundrechtlich garantierte Freiheit, und somit ein elementares
3 Menschenrecht, auch in Form neuer Lebensmodelle und individuellen Persönlichkeitskon-
4 zepten aus. Soziologisch betrachtet leben wir im 21. Jahrhundert in einer sich immer stärker
5 ausdifferenzierenden und sich stärker individualisierenden Gesellschaft. Klassische Antago-
6 nismen verlieren somit scheinbar an Wirkungsmacht und verstärken sich hierdurch aber im
7 Zweifel sogar noch! Dies wird sehr offensichtlich im Bereich der Geschlechterpolitik. Welche
8 Anforderungen wir deshalb als nordhessische Jusos an eine zeitgemäße Gesellschaftspolitik
9 stellen ist daher Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen:

10 **Geschlecht ist nicht gleich Geschlecht!**

11 Das Geschlecht eines Menschen lässt sich über zwei Wege und in der Kombination aus bei-
12 den als Persönlichkeitsmerkmal beschreiben. Wir neigten in der Vergangenheit dazu, Ge-
13 schlecht vor allem anhand biologischer Merkmale (sex) zu definieren. So ging der
14 Mainstream davon aus, dass uns die Natur eine Bipolarität der Geschlechter vorgibt. Dass
15 aber auch die Natur nicht schwarz-weiß zu denken ist, sondern es auch hier eine Fülle an
16 Graustufen gibt, lässt dieses Konzept der zwei Geschlechter aber schlicht außen vor. Hinzu
17 kommt, dass wir Geschlecht auch immer als sozialisiertes Geschlecht (gender) zu verstehen
18 haben. So vermittelt Gesellschaft anhand der scheinbaren Naturgegebenheit Rollenmuster,
19 die zu einer Norm der Weiblich- und Männlichkeit stilisiert wurden und werden. Aus dieser
20 Feststellung heraus zog sich die Konfliktlinie der klassischen Geschlechterpolitik bzw. des
21 Feminismus zwischen Frauen, als benachteiligtes auf der einen, und Männern, als dominie-
22 rendes Geschlecht auf der anderen Seite. Dies ist die Grundannahme, wenn von „klassi-
23 schen Antagonismen“ gesprochen wird. Der Ansatz, auch unserer jungsozialistischen Ge-
24 schlechterpolitik war und ist deshalb, das benachteiligte weibliche Geschlecht durch gezielte
25 Maßnahmen zu stärken und so die Benachteiligungen gegenüber Männern abzubauen. Die-
26 ser Politikansatz hatte seine Berechtigung und hat dies, aufgrund der sozialisierenden Wir-
27 kung von Geschlecht, auch immer noch (s.u.). Trotzdem müssen wir aber auch feststellen,
28 dass sich der klassische Gegensatz der zwei Geschlechter immer weiter aufweicht und
29 durch neue Konflikte und Konfliktlinien ersetzt wird.

30 Der heteronorme Geschlechtsansatz der zwei Geschlechter hatte schon immer die
31 Schwachstelle, dass es Zwischenformen nie genügend Aufmerksamkeit widmete. Ein Fort-
32 schritt unserer modernen und weltoffenen Gesellschaft ist aber gerade, dass wir heute

33 selbstverständlich Abwandlungen von klassischen Geschlechtskonzepten akzeptieren, auch
34 aufgrund von den emanzipatorischen Leistungen von benachteiligten Gruppen, wie bspw.
35 der Queer-Community, die sich seit den 70er Jahren immer weiter in das öffentliche Be-
36 wusstsein vorarbeiten konnte und so weitere Formen der Benachteiligungen sichtbar mach-
37 te, die es zu beseitigen gilt.

38 **Heteronormativität der Zwei-Geschlechtlichkeit**

39 Konkret gefasst bedeutet die Ausdifferenzierung persönlicher Geschlechtskonstruktionen,
40 dass diese sich nicht in die Zwei-Geschlechtlichkeit pressen lassen und insofern Menschen,
41 die für sich ein anderes Selbstverständnis beanspruchen, von der Heteronormativität des,
42 aus dem biologischen Geschlecht abgeleiteten Konzepts, strukturell benachteiligt werden.
43 Hinzu kommen weitere individuelle Diskriminierungen durch die Gesellschaft bzw. Mitglie-
44 dern unserer Gesellschaft. Abweichungen von der Heteronorm werden entsprechend als
45 Abnormalität identifiziert und somit diskreditiert. Eine emanzipatorische Gesellschaftspolitik,
46 der wir uns als Jusos verschreiben, muss entsprechend dafür Sorge tragen, dass wir Be-
47 nachteiligung und Diskriminierung durch unser Handeln helfen abzubauen. Hierzu ist es
48 notwendig, dass wir die Vielfalt der Geschlechter anerkennen und nicht versuchen uns weiter
49 auf die Bipolarität der Geschlechter zu versteifen. Unser Politikansatz ist der einer Anerken-
50 nung aller Formen von Geschlecht, begonnen beim klassischen Mann-Frau-Ansatz, über
51 Inter- und Transsexualität, bis hin zur Negation jeglichen Geschlechts. Wir tun dies auch
52 aus der Überzeugung heraus, dass wir es für unwürdig halten Menschen in ein bestimmtes
53 Konzept hinein zu sozialisieren. Die Vermittlung von normensprechenden Geschlechts-
54 merkmale als Erziehungsgrundsatz lehnen wir deshalb ab. In diesem Zusammenhang kön-
55 nen wir uns, als fortschrittlicher Jugendverband, nur darüber wundern, dass in der Erzie-
56 hungswissenschaft bspw. gerade Diskussionen über geschlechtsbezogene Bildungskonzept-
57 te geführt werden, die sich an den klassischen Geschlechtskategorien orientieren. Gerade
58 diese Diskussion zeigt uns, wie wichtig es ist, einen individualisierten Bildungsansatz zu pro-
59 pagieren und einen solchen, an das einzelne Individuum orientierten, Ansatz darüber hinaus
60 zum Grundstein unseres gesellschaftspolitischen Handelns zu machen.

61 **Postgendergesellschaft?**

62 Die voranstehenden Ausführungen führen bei einigen schnell zu dem Schluss, dass wir in
63 einer Postgendergesellschaft leben, in der das Geschlecht (in der klassischen Form) keine
64 elementare Rolle mehr spielt. Vision unserer Politik muss sein, dass wir in einer Gesellschaft
65 leben möchten, in der Geschlecht(er) keine Rolle mehr spielen bzw. nicht mehr der Aus-
66 gangspunkt für Benachteiligung und Diskriminierung darstellt. Aber den einfachen Schluss
67 aus der Ausdifferenzierung der Geschlechter zu ziehen, dass wir bereits in einer solchen
68 Gesellschaftsrealität leben, ist kontraproduktiv und zu tiefst reaktionär! Wenn Postgender zu
69 einem billigen Kampfbegriff von männlich-sozialisierten Menschen, wie bspw. in der Piraten-
70 partei zu sehen, wird, hat weder der individualisierte Geschlechteransatz, noch der Abbau
71 von Benachteiligungen, resultierend aus der klassischen Geschlechtskonzeption von Frau
72 und Mann, hiervon etwas gewonnen. Vielmehr müssen wir für unsere heutige Gesellschafts-
73 realität zwei Dinge beschreiben: Zum einen erleben wir eine Ausdifferenzierung in Folge der
74 Aufgabe von starren Geschlechtskonzepten und der Zwei-Geschlechtlichkeit, zum anderen
75 aber, müssen wir ebenso festhalten, dass der klassische Antagonismus zwischen Frauen
76 und Männern noch nicht den Geschichtsbüchern angehört. Weiblich-sozialisierte Menschen
77 (egal nach welchem Ansatz), werden in unserer Gesellschaft weiterhin strukturell benachtei-
78 ligt. Dies dürfen wir als feministischer Richtungsverband nicht unter den Tisch fallen lassen.

79 Vielmehr müssen wir festhalten, dass wir in einer Gesellschaft, in der klassische Rollenmo-
80 delle immer noch breit anerkannt und als Norm definiert werden, auch immer noch dafür ein-
81 stehen müssen, dass eine Benachteiligung und Diskriminierung anhand des klassischen
82 Geschlechteransatzes nicht von uns geduldet werden kann! Wir als Jusos dürfen das
83 Schlagwort des Postgenders nicht missverstehen, sondern müssen vielmehr davon ausge-
84 hen, dass wir einen so bezeichneten Gesellschaftszustand bei weitem noch nicht erreicht
85 haben. Dies hat auch innerverbandlich für uns Konsequenzen. Das Beibehalten von Ge-
86 schlechterquoten ist deshalb unter anderem weiterhin ein wichtiger Ansatz der Gleichstel-
87 lung. Wir sehen, dass „Frauen“ in unserem Verband, in der Politik und auch in vielen Berei-
88 chen der Wirtschaft unterrepräsentiert sind. Es kann daher nicht unser Politikansatz sein,
89 dass wir den klassischen Feminismus aufgeben und durch eine vollkommen andere Ge-
90 schlechterpolitik ersetzen. Vielmehr müssen wir, unseren Maximen folgend, daran arbeiten
91 unseren jungsozialistischen Genderansatz zu erweitern, um neben klassischen Benachteil-
92 gungsmustern eben auch die neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien zu berücksichtigen. Die
93 Jusos sehen die Geschlechterrollen und deren strukturelle Benachteiligung als gegeben an.
94 Sie versuchen, so lange das Ziel der Überwindung der Geschlechterrollen nicht erzielt ist, die
95 strukturelle Ungerechtigkeiten politisch zu bekämpfen.

96 **Unsere Vision: Echte Gleichstellung!**

97 Unsere Gesellschafts- und Geschlechterpolitik muss dabei von der Vision geleitet sein, dass
98 Geschlecht, egal welcher Ausgestaltung, kein Grund von Benachteiligung und Diskriminie-
99 rung sein darf! Geschlecht ist, und so wird es sehr wahrscheinlich auch in Zukunft bleiben,
100 für jedes Individuum ein wichtiges, da ein sich selbst definierendes, Persönlichkeitsmerkmal
101 und somit Teil des eigenen Selbstkonzepts. Dass dieses individuelle Merkmal aber zum
102 Ausschlusskriterium bzw. zum öffentlichen Thema wird, ist dabei eine Facette unserer aktu-
103 ellen Gesellschaftsrealität, die wir überwinden möchten! Dabei geht es uns nicht nur um eine
104 bloße Akzeptanz sondern vielmehr um eine echte Gleichstellung aller Geschlechter!

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2013 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 23. Februar 2013

Antrag **4**

Antragsteller: Johannes Gerken

Abschaffung des konfessions- und bekenntnisorientierten Religionsunterrichtes an hessischen Schulen

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Fraktionsmitglieder im Hessischen Landtag

1 Noch immer ist es in Hessen die Regel, dass in allen Schulen ein konfessionsgebundener
2 Religionsunterricht erteilt wird. Dies hat sich auch durch die Debatte um islamischen Religi-
3 onsunterricht nicht geändert, vielmehr hat man sich dazu entschieden, das Angebot an
4 evangelischer und katholischer Religion um das eines muslimischen Pendant zu ergänzen.
5 Der islamische Religionsunterricht wird mit dem Beginn des Schuljahres 2013/14 somit in
6 Hessen zu einem regulären Unterrichtsfach. Wir Jusos bedauern, dass hier eine Chance
7 vertan wurde, um das System des bekenntnisorientierten Religionsunterricht in Gänze zu
8 hinterfragen und entsprechend durch ein übergreifendes und nicht an Konfessionen und Be-
9 kenntnissen orientiertes Fach zu schaffen.

10 Um Missverständnissen vorzubeugen, ist dies keine Kritik am islamischen Religionsunter-
11 richt. Vielmehr geht es uns Jusos darum zu konstatieren, dass wir es für sinnvoller erachten
12 ein Fach, ob man es Ethik, Werte & Normen oder anders benennt, an hessischen Schulen
13 zu etablieren, statt im bisherigen Klein-Klein der unterschiedlichen Religionen zu verbleiben.
14 Deshalb fordern wir die Abschaffung jeglichen bekenntnisorientierten Religionsunterrichts in
15 Hessen. Wir wollen stattdessen ein Fach etabliert sehen, dass sich nach wissenschaftlichen
16 Kriterien mit ethischen und moralischen Fragen auseinandersetzt und die verschiedenen
17 Religionen dabei objektiv-vergleichend und gleich-gewichtet behandelt.

18 Wir tun dies aus der Überzeugung heraus, dass wir den Anspruch an eine Trennung von
19 Staat und Religion haben, den wir eingehalten sehen wollen. So ist es derzeit bspw. Praxis,
20 dass Religionslehrerinnen und -lehrer neben ihrer universitären Ausbildung auch eine Eig-
21 nungsprüfung durch kirchenadministrative Einrichtungen durchlaufen müssen, um die Lehr-
22 befähigung für den Religionsunterricht zu erhalten. Dies ist ein Eingriff in die staatliche Bil-
23 dungshoheit, zumal der Religionsunterricht im Selbstverständnis des hessischen Kultusmi-
24 nisteriums seinem Wesen nach eine „staatliche Veranstaltung“ darstellt.

25 Des Weiteren sind wir der Überzeugung, dass es den integrativen Charakter von Schule
26 schadet, wenn im Fach Religion eine Separation nach Glaubensbekenntnissen erfolgt. Wir
27 brauchen weder katholischen Religionsunterricht, der über den Islam aufklärt, oder einen
28 islamischen Religionsunterricht, der sich mit der Person Luther auseinandersetzt, noch einen
29 evangelischen Religionsunterricht, der eine Rückständigkeit des Katholizismus beschreibt.

30 Dies mag überspitzt dargestellt sein, doch sollen die gewählten Beispiele zeigen, dass es
31 nicht gut sein kann übereinander, statt miteinander zu reden. Durch das jetzige System der
32 Religionskunde an hessischen Schulen wird aber gerade der Ansatz des „übereinander Re-
33 dens“ fokussiert. Wir brauchen den Dialog der Religionen untereinander, aber auch einen
34 kritischen Dialog über Religion, geleitet von moralisch-ethischen Fragen über das Sein und
35 das Werden. Hierfür ist nach unserer Ansicht ein Fach Ethik oder Werte & Normen besser
36 geeignet als der konfessions- und bekenntnisorientierte Religionsunterricht.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2013 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 23. Februar 2013

Antrag **5**

Antragsteller: Julian Steiner

Stoppt das Schlechtreden der Energiewende – SPD für Bürgerenergie!

Einstimmig angenommen.

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Landeskonferenz Hessen
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag
SPD-Fraktionsmitglieder im Hessischen Landtag
SPD-Fraktionsmitglieder im Deutschen Bundestag

- 1 **1. Wir Jusos fordern unsere Mutterpartei, vor allem deren VertreterInnen in den**
2 **Kommunal- und Landesparlamenten sowie im Bundestag, dazu auf, sich öffentlich**
3 **und im Rahmen des politischen Streites eindeutig gegen den momentan stattfindenden**
4 **Versuch zu stellen, die Energiewende schlechtzureden. Stattdessen muss**
5 **der politische Gestaltungsraum dazu genutzt und Lösungen angestrengt werden,**
6 **welche den gesellschaftlich akzeptierten und gewollten Umstieg auf Erneuerbare**
7 **Energien (EE) so effektiv, sozial, demokratisch und kosteneffizient wie möglich zu**
8 **gestalten. Dabei sollen auch die Vorteile und positiven Effekte von Erneuerbaren**
9 **Energien in die öffentliche Wahrnehmung transportiert werden.**

10 Das Instrument für diesen Umstieg, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), löste im Jahr
11 2000 das Stromeinspeisungsgesetz ab und ermöglichte erstmalig verlässliche planerische
12 Rahmenbedingungen für den Bau und Betrieb von Erneuerbaren-Energien-Anlagen (EEA).
13 Diese Planungssicherheit fußte auf zwei Bestandteilen: Zum einen auf der festen
14 Einspeisevergütung (xy Cent je Kilowattstunde) für einen festgelegten Zeitraum und zum
15 anderen auf der Abnahmegarantie, also der vorrangigen Einspeisung von erneuerbarem
16 Strom. Gerade diese Säulen bildeten die Grundlage für den massiven Ausbau der Erneuer-
17 baren-Energien-Kapazitäten und das wirtschaftliche Wachstum der Branche, deren Unter-
18 nehmen im Jahr 2000 noch 100.000 Angestellte beschäftigten, diese MitarbeiterInnenzahl
19 bis zum Jahr 2011 auf über 380.000 steigerten und voraussichtlich bis zum Jahr 2020 eine
20 halbe Millionen Arbeitsplätze anbieten können.

21 Die garantierte Einspeisevergütung wird über die EEG-Umlage von den *meisten* Stromver-
22 brauchern mitgetragen. Und genau hier liegt bereits der erste Konstruktionsfehler: Die Frei-
23 stellung von der EEG-Umlage für über 600 Unternehmen, welche viel Strom verbrauchen
24 und angeblich im internationalen Wettbewerb stehen. Für manche Branchen mag das Sinn
25 machen, für die meisten Unternehmen sollten die politischen Anreize aber eher so gesetzt
26 werden, dass sie ein (Eigen-)Interesse daran entwickeln, ihre Stromnutzung bei Fertigungs-

27 und Produktionsprozessen oder auch im MitarbeiterInnenverhalten weiterzuentwickeln. Von
28 der großzügigen Ausnahmeregelung sollten ursprünglich hauptsächlich Zementhersteller,
29 Aluminiumhütten und Stahlproduzenten profitieren. Gerade diese profitieren mittlerweile aber
30 zusätzlich noch von sehr günstigen Börsenpreisen für Strom. Außerdem ist es wirklich frag-
31 lich, warum beispielsweise Schlachthöfe, Tierfutterhersteller, Mineralwasserabfüller oder
32 Milchbetriebe von der Umlage befreit sind und dafür alle anderen Verbraucher mehr zahlen
33 müssen.

34 **2. Daher fordern wir Jusos die SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass die Freistel-**
35 **lungsmöglichkeiten von der EEG-Umlage kritisch überprüft werden und dafür zu**
36 **sorgen, dass die Kosten der Energiewende auch von allen Unternehmen und**
37 **Großverbrauchern mitgetragen werden und nicht nur von einer willkürlichen Aus-**
38 **wahl und den Privatverbrauchern.**

39 Dass die EEG-Umlage aber nötig war, damit Erneuerbare Energien überhaupt eine Chance
40 gegen die über Jahrzehnte und auch aktuell noch sehr stark subventionierten konventionel-
41 len Energieträger haben, am Markt Fuß zu fassen und sich weiterzuentwickeln, zeigt die Er-
42 folsgeschichte der letzten zwölf Jahre. Der Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromver-
43 sorgung ist von 6,4 % im Jahr 2000 auf über 20 % im Jahr 2012 angestiegen. Dies hat zu
44 einem massiven Preisverfall an der Strombörse geführt, weshalb die Differenz zwischen
45 Börsenpreis und garantierter Einspeisevergütung immer höher wird und die EEG-Umlage
46 zum Ausgleich dieser Differenz (zusätzlich zur wachsenden Menge des zu vergütenden
47 Stroms) immer weiter steigt (zum Jahr 2013 von 3,6 auf 5,4 Cent je Kilowattstunde). Das
48 Kuriose daran ist also die Tatsache, dass zwar die Börsenpreise für Strom weiter sinken
49 (dabei hat alleine die zunehmende Verfügbarkeit von Solarstrom im Jahr 2012 zu sinkenden
50 Strompreisen an der Börse von mehr als 5 Mrd. Euro geführt), diese aber nicht an die End-
51 kunden weitergegeben werden und die Endkunden stattdessen noch zusätzlich für die höhe-
52 re EEG-Umlage aufkommen müssen. Die Konstruktion des EEG führt also dazu, dass bei
53 sinkenden Strompreisen an der Börse, die Differenz von garantierter Vergütung zu erzielten
54 Börsenpreisen immer größer wird und daher – wie im Teufelskreis – auch die EEG-Umlage
55 immer stärker ansteigt. Diese wird allerdings von den Endkunden getragen, wohingegen die
56 Stromkonzerne die günstigen Börsenpreise und damit verbundenen hohen Gewinnspannen
57 abgreifen. Dieser Konstruktionsfehler könnte über folgende Verpflichtung zur Anpassung an
58 die Börsenpreisentwicklung behoben werden.

59 **3. Wir Jusos fordern die SPD dazu auf, eine Gesetzesinitiative auf Bundesebene an-**
60 **zustrengen, um Stromkonzerne zu verpflichten, die kostensparenden und preis-**
61 **senkenden Effekte von Erneuerbaren Energien, welche sich in günstigen Strom-**
62 **preisen an den Spotmärkten bemerkbar machen, an die Endkunden weitergeben zu**
63 **müssen. Realisiert werden könnte diese Verpflichtung über eine monatliche oder**
64 **halbjährige Strompreisanpassung an die Börsenpreisentwicklung an der European**
65 **Energy Exchange (EEX) in Leipzig bzw. eine darauf basierende Ausgleichszahlung,**
66 **welche die Stromkonzerne an ihre Kunden entrichten müssen.**

67
68 Dies sollte aus zweifacher Hinsicht geschehen: Erstens tragen alle privaten Stromendkunden
69 den Ausbau Erneuerbarer Energien über die EEG-Umlage finanziell mit und sollten daher
70 auch als erste von durch EE zu verantwortende Strompreis senkende Effekte profitieren.
71 Zweitens würde durch einen an die Endkunden weitergebener Börsenpreis für Strom dazu
72 führen, dass die preisstabilisierenden Effekte von Erneuerbaren Energien auch in der Öffent-

73 lichkeit wahrgenommen werden und sich die Meinung über den weiteren Ausbau von EE
74 positiver als bisher gestalten würde.

75 Während nämlich die Energieimportkosten in Deutschland in den Jahren von 2004 bis 2012
76 von 37 Mrd. Euro auf 98 Mrd. Euro (+ 165 %), hauptsächlich aufgrund der dramatischen
77 Preisanstiege für Öl, Gas und Kohle, angewachsen sind und die damit verbundenen Kosten-
78 steigerungen nahezu ohne Widerstand und große Diskussion von den Energiekonzernen auf
79 alle Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden konnten, hat sich – transportiert
80 durch die meisten Massenmedien – in der Öffentlichkeit ein Meinungsbild eingestellt, wel-
81 ches den Ausbau von Erneuerbaren Energien alleine für die Stromkostensteigerungen ver-
82 antwortlich zeichnet.

83 Dieser ersten hartnäckigen Behauptung, also dass die Energiewende zu steigenden Strom-
84 preisen führt, könnte über obigen Vorschlag begegnet werden. Dadurch kämen die eigentli-
85 chen Wirkungen, nämlich Preissenkenden- bzw. stabilisierenden Effekte, auch bei den End-
86 verbraucherInnen.

87 Dem zweiten Behauptung, dass die Energiewende nicht ohne Off-Shore-Windparks und dem
88 damit verbundenen Bau von Höchstspannungsleitungen durch ganz Deutschland oder sogar
89 Europa auskommt, muss ebenso Einhalt geboten werden. Das einzige, was Off-Shore-
90 Windparks können, ist die Energiewende zu verlangsamen und zu verteuern. Dies sieht man
91 zum einen an den technischen Problemen und zum anderen am Leitungsbau, der zum Ab-
92 transport des Stroms nötig wäre. Mit der On-Shore-Windenergie oder Photovoltaik-
93 Freiflächenanlagen auf Konversionsflächen (also z.B. ehemaligen Truppenübungsplätzen)
94 stehen viel günstigere Alternativen zu Verfügung, bei deren Bau auch noch höherwertige
95 Organisationsmodelle entwickelt und erprobt werden könnten. Auf diesem Weg könnten viele
96 BürgerInnen über Energiegenossenschaften oder Crowdfunding vom Betrieb profitieren und
97 ihn auch demokratisch mitgestalten. Wohingegen den Bau von Off-Shore-Windparks nur
98 finanzstarke Großkonzerne über vergünstigte Kredite (quasi Extrasubventionen) und eine
99 hohe Einspeisevergütung realisieren können. Diese sind aber nicht der Region und den
100 Menschen vor Ort, sondern nur ihren Aktionären verpflichtet.

101 **4. Daher fordern wir Jusos die SPD dazu auf, sich weiterhin stark zu machen für eine**
102 **dezentrale Energiewende. Dazu zählt der Widerstand gegen die Einführung eines**
103 **flexiblen Zahlungsbeginns der Einspeisevergütung, eine Deckelung der Abnahme-**
104 **garantie, weiteren unkalkulierbaren und drastischen Vergütungskürzungen, oder**
105 **gar einer Rückzahlung von bereits gezahlten EEG-Vergütungen. Stattdessen soll**
106 **sich die SPD für die Umsetzung von Maßnahmen einsetzen, die Planungssicherheit**
107 **schaffen und eine kosteneffiziente sowie von den BürgerInnen getragene Energie-**
108 **wende befördern.**

109

110 **4.1 Raum für Windkraft an Land**

111

112 **In ganz Deutschland gibt es auf dem Festland ausreichend Raum für Windkraft. Wenn**
113 **jedes Bundesland auf nur 2 % seiner Fläche Raum für Windkraft schaffen würde,**
114 **könnte so über 50 % des Strombedarfs für Deutschland erzeugt werden – ganz ohne**
115 **Off-Shore-Parks.**

116

117 - **Da die Kommunen die regionale Wertschöpfung mit der Nutzung von Windkraft**
118 **steigern können (durch Gewerbesteuer, Pacht bzw. Erträge aus eigenem Be-**
119 **trieb), haben sie ein eigenes Interesse am verträglichen Ausbau der Windkraft.**
120 **Die Verantwortung hierfür sollte daher in die Hände der Gemeinden und ihre**

121 Flächennutzungsplanung gelegt werden. Den Ländern muss die Kompetenz
122 entzogen werden, mit Regionalplänen die Windkraft abschließend zu steuern
123 und ganze Gemeinden zu Ausschlussgebieten zu erklären. Dazu muss den Re-
124 gionalplänen mit den darin enthaltenen Zielen der Raumordnung die Verhinde-
125 rungswirkung gegenüber der Windkraft genommen werden. Durch diesen Frei-
126 raum zur kommunalen Selbstbestimmung würde in kurzer Frist und in Abstim-
127 mung mit den Bürgern ausreichend Raum für Windkraft an Land entstehen.
128 (Maßnahme: Änderung des Baugesetzbuches § 35 Abs. 3)

- 129
- 130 - Die Ausweisung absoluter Windkraft-Ausschlussflächen in Regionalplänen soll
131 untersagt werden; außerhalb von Vorranggebieten konkurriert die Windkraft mit
132 allen anderen Nutzungen nach Maßgabe der Gesetze (z. B. Lärm- und Arten-
133 schutz), wodurch u. a. Abstände großer Windkraftanlagen zu Siedlungsgebie-
134 ten sichergestellt werden.
135 (Maßnahme: Änderung des Raumordnungsgesetzes)
 - 136
 - 137 - Die Abstandsregelungen und Höhenbegrenzungen sowie Sonderregelungen für
138 Windenergieanlagen in Wäldern sollen natur- und artenschutzrechtlichen Stan-
139 dards gemäß dem aktuellen Stand der Wissenschaft genügen und die Bevölke-
140 rung vor übermäßiger Belastung schützen. (Maßnahme: Änderung des Rau-
141 mordnungsgesetzes)

142 4.2 Smart grids für eine sichere erneuerbare Energieversorgung

- 143
- 144 - Die zentrale Herausforderung für die laufende und zu beschleunigende, dezent-
145 rale Energiewende ist im Hinblick auf den Netzausbau die Verstärkung der
146 Ortsnetze und ihre Umgestaltung zu intelligenten Stromnetzen, sog. smart
147 grids. So kann die verstärkte dezentrale Einspeisung mit dem dezentral statt-
148 findenden Energieverbrauch wirksam ausgeglichen werden. Unnötige Investiti-
149 onen in den Ausbau großer Trassen (Übertragungsnetze) sollen zugunsten von
150 Investitionsbudgets für Ortsnetze (Nieder- und Mittelspannung) eingespart
151 werden. Dies ist auch deshalb notwendig, weil vielerorts bereits heute Engpäs-
152 se bei den Einspeisekapazitäten auftreten und manch kleinere Windparks des-
153 halb nicht umgesetzt werden können (weil die zu errichtenden Stromtrassen bis
154 zur nächsten Einspeisemöglichkeit zu teuer sein und Windparks unwirtschaft-
155 lich machen können). (Maßnahmen: Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes
156 und der Anreizregulierungsverordnung)

157 4.3 Eine-Million-BHKW-Programm für eine sichere erneuerbare Energieversorgung

- 158
- 159 - Eine Million Blockheizkraftwerke (BHKW) sollen bis 2015 auf der Basis zinsbe-
160 günstiger Kredite in den Markt gebracht werden, um damit 20 Großkraftwerke
161 zu ersetzen und durch dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung die Verschwendung
162 von Erdgas in reinen Heizungsanlagen zurückzuführen. (Maßnahme: KfW-
163 Programm)
 - 164
 - 165 - Mit Erdgas betriebene BHKWs dürfen nur noch gebaut werden, wenn sie so-
166 wohl Strom wie auch Wärme produzieren und die Wärmeabnahme nach dem
167 Kraft-Wärme-Kopplungs-gesetz sichergestellt ist. (Maßnahme: Änderung des
168 Bundesimmissionsschutzgesetzes)

169 4.4 Speicherausbau für eine sichere erneuerbare Energieversorgung

- 170
- 171 - Einführung eines „Speicherbonus“ im Rahmen des EEG als Anreiz für Investi-
172 tionen zur Stromspeicherung; hierzu zählen auch E-Mobile, die teilweise als
173 Speicher eingesetzt werden. (Maßnahme: Änderung des EEG)
- 174
- 175
- 176

- 177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
- **Besonderes Förderprogramm für Start-Ups auf der Basis zinsgünstiger Kredite für die Entwicklung von innovativen Speichertechnologien. Zusätzlich könnte ein bundesweiter Speicherwettbewerb mit entsprechend hohem Preisgeld ausgerufen werden, um weitere Innovationen zu begünstigen, zu belohnen und auch in der Öffentlichkeit bekannter zu machen.**
 - **Besonderes Förderprogramm auf der Basis zinsbegünstigter Kredite für die „Power to Gas“-Technologie als vielversprechende Speichertechnologie wegen der Größe des vorhandenen Gasnetzes. (Maßnahme: KfW-Programm)**
 - **Vorrang für Strom- und Gasspeicher sowie Geothermie gegenüber Kohlendioxid- Einlagerung (CCS); Untersagung der unterirdischen Kohlendioxid-Speicherung. (Maßnahmen: Änderung des Raumordnungsgesetzes; entsprechendes CCS-Gesetz)**

194 **4.5 EEG fortentwickeln**

195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207

Grundlage des „Vorbilds Deutschland“ bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen ist das EEG. Dieses muss EEG intelligent fortentwickelt werden. Die Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen für alle Arten der Erneuerbaren von der Wind- bis zur Wasserkraft und keine Stop-and-Go-Politik wie in den letzten Jahren spontaner drastischer Einschnitte. Das Vertrauen der neuen Träger in die Verlässlichkeit des EEG ist das Fundament für die dezentrale Energiewende. Die unerwartete Abschaffung von Vergütungstatbeständen (z.B. für Solarparks auf Ackerflächen) hat Kapital von Projektierern und Investoren vernichtet und die Energiewende verlangsamt. Eine verlässliche und langfristig vorgegebene Absenkung der Vergütung wirkt. Auf diese Weise kann die Photovoltaik bis zum Jahr 2015 Netzparität erreichen. Folgende Regelungen sind erforderlich:

- 208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
- **Das EEG darf nicht dazu benutzt werden, vorrangig und unausgewogen Großprojekte wie Off-Shore-Windparks oder große Biomasseanlagen zu fördern, sondern muss weiterhin der Stärkung klein- und mittelgroßer Betreiber und Stadtwerke dienen. Deshalb lehnen wir die Kürzung der Vergütung für Windkraftanlagen an Land genauso ab wie die ungerechtfertigte Erhöhung für große Off-Shore-Windkraftprojekte. Diese Maßnahmen treiben die Kosten und schaden der Volkswirtschaft.**
 - **Windkraftanlagen brauchen eine verlässliche Vergütung. Der Systemdienstleistungsbonus muss erhalten bleiben oder kompensiert werden. Ein maßgeschneiderter Tatbestand soll für Kleinwindkraftanlagen eingeführt werden. Die Vergütung für Repowering-Projekte soll attraktiver gestaltet werden.**
 - **Die Solarvergütung soll vorhersehbar gestaltet werden und Anreize für Investitionen schaffen. Der Rückgang der Vergütung (Degression) soll sich am tatsächlichen Rückgang der Herstellungs- und Installationskosten einer Solaranlage orientieren. Ein sog. Deckel, der den Zubau durch Kontingente oder Quoten begrenzt, wird strikt abgelehnt.**

227 **4.6 Regionale Wertschöpfung**

- 228
229
230
231
232
- **Zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen – vom ländlichen Raum bis zu den Städten und Metropolen – sollen die gesetzlichen Weichen so gestellt werden, dass durch die dezentrale Energiewende möglichst viel der lokal neu entstehenden Wertschöpfung bei den Menschen und**

233 der Wirtschaft vor Ort verbleibt. Standortgemeinden für Windkraftanlagen ga-
234 rantiert das Gewerbesteuer-gesetz schon heute 70 % der Einnahmen aus der
235 Gewerbesteuer. Den Gemeinden am Unternehmenssitz verbleiben 30 %. Um ei-
236 nen Anreiz für Städte und Gemeinden zur Förderung von Investitionen in So-
237 lar-parks, Biogas-, Geothermie-, Kraft-Wärme-Kopplungs- und Wasserkraftanla-
238 gen zu setzen, soll die 70/30- Regelung – besser: eine 80/20-Regelung – für alle
239 EE- und KWK-Anlagen eingeführt werden. (Maßnahme: Änderung des Gewer-
240 besteuergesetzes)

241
242 - Die Landesparlamente sollen gesetzgeberisch dafür Sorge tragen, dass ein Kri-
243 terium der regionalen Wertschöpfung in kommunale Ausschreibungsprozesse
244 einbezogen werden kann. Dadurch würde es Kommunen möglich, bei der Auf-
245 tragsvergabe bzw. Partnerwahl die verschiedenen Optionen zur Realisierung
246 von EE-Projekten daraufhin prüfen zu können, wovon die kommunale Wirt-
247 schaft und Bürgerschaft am meisten profitiert und sie sich bei der Gestaltung
248 qualitativ am hochwertigsten Einbringen kann.

249
250 - Bei der Nutzung von Flächen in Eigentum der jeweiligen Landesforstämter für
251 den Bau von EE-Anlagen sollen regionale Organisationslösungen für die Um-
252 setzung bevorzugt werden. Dies sollte in allen Landesparlamenten beschlossen
253 werden.

254
255 Anstatt also Maßnahmen zur weiteren Verlangsamung und einer Begrenzung des Ausbaus
256 von EE sollte die Bundesregierung besser den steigenden Kosten für konventionelle Ener-
257 gieträger über verlässliche Rahmenbedingungen und ein gutes Investitionsklima für Erneuer-
258 bare Energien entgegensteuern. Beim sich jetzt zuspitzenden Kampf um die Ressourcen
259 muss die Position der SPD klar sein: Unsere Demokratie braucht keine Bürgervertreter, die
260 einzig nach den Interessen bestimmter Lobbyisten handeln, sondern sich vehement für Lö-
261 sungen stark machen, die auf Demokratie, Teilhabe, Transparenz und Mitwelt-Verträglichkeit
262 setzen

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2013 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 23. Februar 2013

Antrag **6**

Antragsteller: Gabriel Weise & Enrico Ziegert

**Verbesserungen des öffentlichen Nahverkehrs: Taktung Samstag-
nachmittag**

Einstimmig angenommen.

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

- 1 Wir fordern, dass die Taktung der Straßenbahnen dahingehend verändert wird, dass der
- 2 werktägliche Viertelstundentakt auch samstags von 15 bis 20 Uhr angewandt wird.

- 3 Die Lockerungen der Ladenöffnungszeiten der letzten Jahre brachten viele Nebeneffekte
- 4 hervor u. a., dass samstags die Geschäftsbezirke bis abends stark besucht sind und dem
- 5 muss auch die Straßenbahn gerecht werden. Viele junge und alte Menschen sind auf diese
- 6 Verbindung angewiesen und oder sind einfach Umweltbewusst, somit entsteht akuter Hand-
- 7 lungsbedarf dieser Forderung nachzukommen.

- 8 Kassel spricht von sich als einer der dynamischsten Städte Deutschlands, das gilt am Sams-
- 9 tag leider nur bis 15 Uhr. Gelungenes Beispiel für diese Forderung sind die Advents-
- 10 Samstage, wo man eindeutig gesehen hat, dass die Kapazitäten vorhanden sind. Hinzu
- 11 kommt, dass der Fahrkomfort ab 15 Uhr stark beeinträchtigt ist, da die Bahnen überwiegend
- 12 überfüllt sind.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2013 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 23. Februar 2013

Antrag **7**

Antragsteller: Sebastian Böttger

Kassel fit machen fürs Fahrrad 1: Fahrradwege schaffen

Einstimmig angenommen.

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt

SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS

- 1 Die SPD Kassel arbeitet daraufhin, dass die Stadt Kassel bis 2020 ein flächendeckendes
- 2 Fahrradwegenetz in Kassel umsetzt. Dabei soll die Stadt darauf achten, dass möglichst in
- 3 jeder Straße entsprechende Fahrstreifen für Fahrradfahrer gekennzeichnet werden.

Begründung:

Mit Konrad wurde in Kassel die Möglichkeit geschaffen, fast flächendeckend das Fahrrad zu nutzen und jüngst attestierte der Fahrradklima-Test des ADFC der Stadt Kassel als Aufholerin gute Noten. An diese Erfolge muss angeknüpft werden. Fußgänger, Fahrradfahrer und Autofahrer müssen als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer verstanden werden. Darum ist es wichtig für Radfahrer sichere Wege zu schaffen, um Kassel zu einer fahrradfreundlichen Stadt zu machen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2013 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 23. Februar 2013

Antrag **8**

Antragsteller: Sebastian Böttger

Kassel fit machen fürs Fahrrad 2: Fahrradstraßen schaffen

Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt

SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS

- 1 Die Kasseler SPD wirkt darauf hin, dass die Fiedlerstraße (Nordstadt), das Königstor und die
- 2 Neue Fahrt als Fahrradstraßen gekennzeichnet werden. So haben Radfahrer die Möglichkeit
- 3 den starkbefahrenen Hauptverkehrsstraßen angemessen auszuweichen.

Begründung:

Mit Konrad wurde in Kassel die Möglichkeit geschaffen, fast flächendeckend das Fahrrad zu nutzen und jüngst attestierte der Fahrradklima-Test des ADFC der Stadt Kassel als Aufholerin gute Noten. An diese Erfolge muss angeknüpft werden. Fußgänger, Fahrradfahrer und Autofahrer müssen als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer verstanden werden. Darum ist es wichtig für Radfahrer sichere Wege zu schaffen, um Kassel zu einer fahrradfreundlichen Stadt zu machen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2013 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 23. Februar 2013

Antrag **9**

Antragsteller: Sebastian Böttger

Fernbusbahnhof

Einstimmig angenommen.

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt

SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS

- 1 Die SPD Kassel wirkt daraufhin, dass die Stadt Kassel für den bisherigen Busbahnhof am
- 2 Bahnhof Wilhelmshöhe einen neuen Standort bestimmt. Zu prüfen ist, ob am Auestadion ein
- 3 geeigneter Ort dafür geschaffen werden kann.

Begründung:

Nach der notwendigen Öffnung des innerdeutschen Fernverkehrs für Busse, muss nun die Stadt handeln. Für den neuen attraktiven Linienbus-Fernverkehr benötigt die Stadt auch einen attraktiven Standort für einen Busbahnhof. Der jetzige Standort am ICE Bahnhof Wilhelmshöhe genügt den steigenden Anforderungen nicht einmal annähernd. Am Auestadion ist die Anbindung an die Autobahn besser. Die Busse müssen sich nicht im dichten Verkehr langatmig durch die Stadt quälen. Außerdem ist dieser Standort auch sehr gut an den öffentlichen Personennahverkehr (Tram, RegioTram und Busse) in Kassel und damit an die Region angebunden. Somit können auch Umsteiger in die Bahn den ICE-Bahnhof gut erreichen. Die erwartete Zunahme des Fernbusverkehrs wird auch eine Zunahme der Belastungen der Anwohner der betroffenen Straßen Ludwig-Mond-Straße, Schönfelder Straße und Wilhelmshöher Allee bringen. Schon das jetzige Niveau des Busverkehrs belastet diese Straßen erheblich mit Lärm, Feinstaub und Abgasen. Ein anderer Standort des Busbahnhofs ist ein Vorteil sowohl für den Busverkehr selbst und deren Nutzer, als auch für die Anwohner der betroffenen Stadtteile und Straßen.